

17. Wahlperiode

Antrag

der Piratenfraktion

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz – BerlHG)

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz – BerlHG)

Das Abgeordnetenhaus hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I Änderung des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Berlin

Das Gesetz über die Hochschulen des Landes Berlin in der Fassung vom 26. Juli 2011 wird wie folgt geändert:

1. § 37 wird wie folgt geändert:

a) Nach dem Absatz (3) wird folgender Absatz (4) eingefügt:

(4) Die Forschung in den Hochschulen fördert durch Wissens-, Gestaltungs- und Technologietransfer die Umsetzung und Nutzung der Ergebnisse der Forschung und Entwicklung in die Praxis sowie den freien Zugang zu wissenschaftlichen Informationen; auf § 41 Absatz 2 und auf § 86 Absatz 1 wird verwiesen.

2. § 41 wird wie folgt geändert:

a) Der Absatz (2) wird wie folgt gefasst:

(2) Forschungsergebnisse sind zu veröffentlichen. Dies gilt auch für die Drittmittelforschung. Diese Veröffentlichungen müssen frei zugänglich sein.

b) Folgender Absatz (3) wird eingefügt:

(3) Angehörige des wissenschaftlichen Personals der Hochschulen sind verpflichtet, sich das Recht auf nichtkommerzielle Zweitveröffentlichung in der Regel binnen einer Frist von sechs Monaten nach der Erstveröffentlichung vorzubehalten, wenn es sich um Publikationen von wissenschaftlichen Erkenntnissen in periodisch erscheinenden Sammlungen und Zeitschriften handelt, die im Rahmen der Dienstaufgaben gewonnen worden sind. Sie können dazu verpflichtet werden, die Zweitveröffentlichung in hochschuleigenen Repositorien oder in hochschuleigenen Open-Access-Zeitschriften, einzustellen; auf § 37 Absatz 4 und auf § 86 Absatz 1 wird verwiesen.

c) Der vorliegende Absatz (3) wird zu Absatz (4).

3. § 86 wird wie folgt geändert:

a) Im Absatz (1) werden nach Satz 2 folgende Sätze 3 und 4 eingefügt.

Sie halten öffentlich frei zugängliche Datenbanken und Plattformen (Repositorien) vor, auf denen die Mitglieder der Hochschule ihre Publikationen veröffentlichen können. Publikationen, die bereits in Verlagsveröffentlichungen erschienen sind, können als Zweitveröffentlichung frei zugänglich gemacht werden. Darüber hinaus können sie öffentlich zugängliche Open-Access-Zeitschriften vorhalten; auf § 37 Absatz 4 und auf § 41 Absatz 2 wird verwiesen.

b) Der vorliegende Satz 3 wird zu Satz 5.

Artikel II

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündigung im Gesetzes- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft.

Begründung

Die Europäische Kommission fordert in ihrer 2012 veröffentlichten „Empfehlungen über den Zugang zu wissenschaftlichen Informationen und ihre Bewahrung“ („Recommendation on Access to and Preservation of Scientific Information“) ein starkes Engagement der europäischen Mitgliedstaaten und ihrer wissenschaftlichen Einrichtungen. Anliegen der Europäischen Kommission ist, dass bis 2016 60% der Publikationen, die im Rahmen der öffentlich geförderten Forschung in Europa entstehen, ohne Barrieren zugänglich sind.

Entsprechend ist das Land Berlin verpflichtet, hierzu die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. In der Kleinen Anfrage vom 23.07.2013, Drs. 17/10794 ist der Senat der Meinung, dass keine "gesetzgeberischen Aktivitäten" erforderlich seien, um die "Berliner Erklärung" umzusetzen, d.h. die Open-Access-Bewegung zu fördern. Dem muss mit dem Blick auf andere Bundesländer widersprochen werden. Unterstützung erfuhr die Open-Access-Bewegung 2008 durch das brandenburgische Hochschulgesetz, das die Förderung des freien Zugangs zu wissenschaftlichen Informationen durch die Hochschulbibliotheken festlegt. Zudem wurde in der Diskussion um die Neufassung des Gesetzes zur Neuordnung des Hochschulrechts des Landes Brandenburg (Drucksache 4/6419) explizit der Open- Access-Gedanke als Begründung aufgeführt. Im Entwurf für das neue Hochschulgesetz des Landes Baden-Württemberg von 15.10.2013 schlägt die Landesregierung im § 44, Abs. 6 ein Open Access Mandat vor.

Die Open Access Bewegung fordert seit Jahrzehnten, dass wissenschaftliche Publikationen als Ergebnisse der aus öffentlichen Mitteln geförderten Forschung der Öffentlichkeit, den Nutzern zur Verfügung gestellt werden. In der Broschüre "Open-Access-Strategien für wissenschaftliche Einrichtungen" der Arbeitsgruppe Open Access in der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen heißt es hierzu:

Open Access beschreibt das Ziel, Wissen und Information in digitaler Form für den Nutzer ohne finanzielle, technische oder rechtliche Barrieren über das Internet zugänglich und nachnutzbar zu machen. In der Umsetzung fokussiert Open Access den freien Zugang zu qualitätsgesicherten Textpublikationen und anderen digitalen Objekten wie z. B. Forschungsdaten, die im Rahmen der öffentlich geförderten Forschung entstehen.

Die Logik der Forschung besteht darin, dass Methoden und Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit rezipiert, weiterentwickelt, kritisiert und falsifiziert werden sollen. Die kostenfreie und ungehinderte Verfügbarkeit wissenschaftlicher Informationen, von Forschungsdaten, vor allem von öffentlich finanzierten Forschungsergebnissen ist hierfür die dringend notwendige Voraussetzung.

Die Veröffentlichung wissenschaftlicher Publikationen im Sinne von Open Access ist im Interesse der Hochschulen des Landes Berlin. Exemplarisch sagte Prof. Dr. Peter André Alt, Präsident der Freien Universität Berlin im Ausschuss für Wissenschaft am 14.11.2012:

Was die Publikationen angeht: Open Access ist inzwischen ja auch eine Forderung bei DFG-Projekten. Insofern sind wir darauf eingestellt.

In der Kleinen Anfrage vom 07.01.2013, Drs. 17/11403 beschreibt der Senat sogar Unterstützungssysteme der Hochschulen und Universitäten:

Überdies leisten die Berliner Hochschulen in vielfacher Form Unterstützung bei der Publikation von Forschungsergebnissen und tragen auch auf diesem Wege zur Einhaltung des Veröffentlichungserfordernisses bei, beispielsweise durch Bereitstellung entsprechender Datenbanken bzw. Förderung von Publikationen im Sinne der weltweiten Open-Access-Initiative.

Dies schrieb der Senat auch bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage vom 23.07.2012, Drs. 17/10794:

Die Hochschulen verfolgen eine Reihe von Maßnahmen im Bereich Open Access. So haben die Universitäten und Fachhochschulen Open-Access-Plattformen eingerichtet. Auf diesen Plattformen werden insbesondere die Dissertationen der Universitäten veröffentlicht, aber auch Zeitschriften und Monographien. Die Plattformen richten sich vor allem an die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der jeweiligen Hochschule, aber auch an Mitglieder anderer wissenschaftlichen Einrichtungen. Die Hochschulen sind darüber in Kooperationen und Arbeitsgruppen aktiv, die der Förderung von Open Access dienen.

In dieser Kleinen Anfrage betont der Senat weiterhin, dass die in Berlin tätigen Organisationen der außeruniversitären Forschung zu den Unterzeichnern der „Berliner Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen“ vom 22.10.2003 gehören. So wurde die „Berliner Erklärung“ von der Helmholtz-Gemeinschaft, von der Max-Planck-Gesellschaft, von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, von der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz e.V. und von der Fraunhofer-Gesellschaft unterschrieben. Für die Universitäten und Hochschulen unterzeichnete der Präsident der Hochschulrektorenkonferenz. Somit besteht berlin- und deutschlandweit und letztlich gar weltweit eine bereite Mehrheit für die Implementierung von Open Access in das Hochschulwesen.

Das Land Berlin hat sich zur Open Access Bewegung bisher zögerlich verhalten. Die letzte Ausschussbesprechung fand am 12.01.2005 statt, ohne dass Anträge, Kleine oder Große Anträge aus dieser hervorgingen. Gleichzeitig taucht die Stadt und die Marke Berlin in der „Berliner Erklärung“ auf. Dieser Widerspruch wird mit diesem Antrag behoben. Mit diesem Antrag wird das Land Berlin zum Vorreiter der Open Access Bewegung. Der Senat kann im Bereich Open Access nicht untätig bleiben, da jede Untätigkeit dazu führen wird, dass der Wissenschaftsstandort Berlin seine Bedeutung und Sichtbarkeit verliert.

Berlin, den 18.02.2014

Delius Herberg
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion